

# Fakten zur Europäischen Dimension von Flucht und Asyl: Libyen

Stand: Februar 2016

## ÜBERBLICK

### Bevölkerungsstruktur

Population	6,2 Mio.
Wachstumsrate	2,2 %
Ethnische Gruppen	90% Araber, 10% Berber, Tuareg, Tebu und andere Minderheiten
Sprachen	Arabisch (Amtssprache), Italienisch, Englisch und Berbersprachen
Religion	97% Muslime (Sunniten), christliche Minderheiten
Medianalter (EU-28)	28 Jahre (42,2 Jahre)

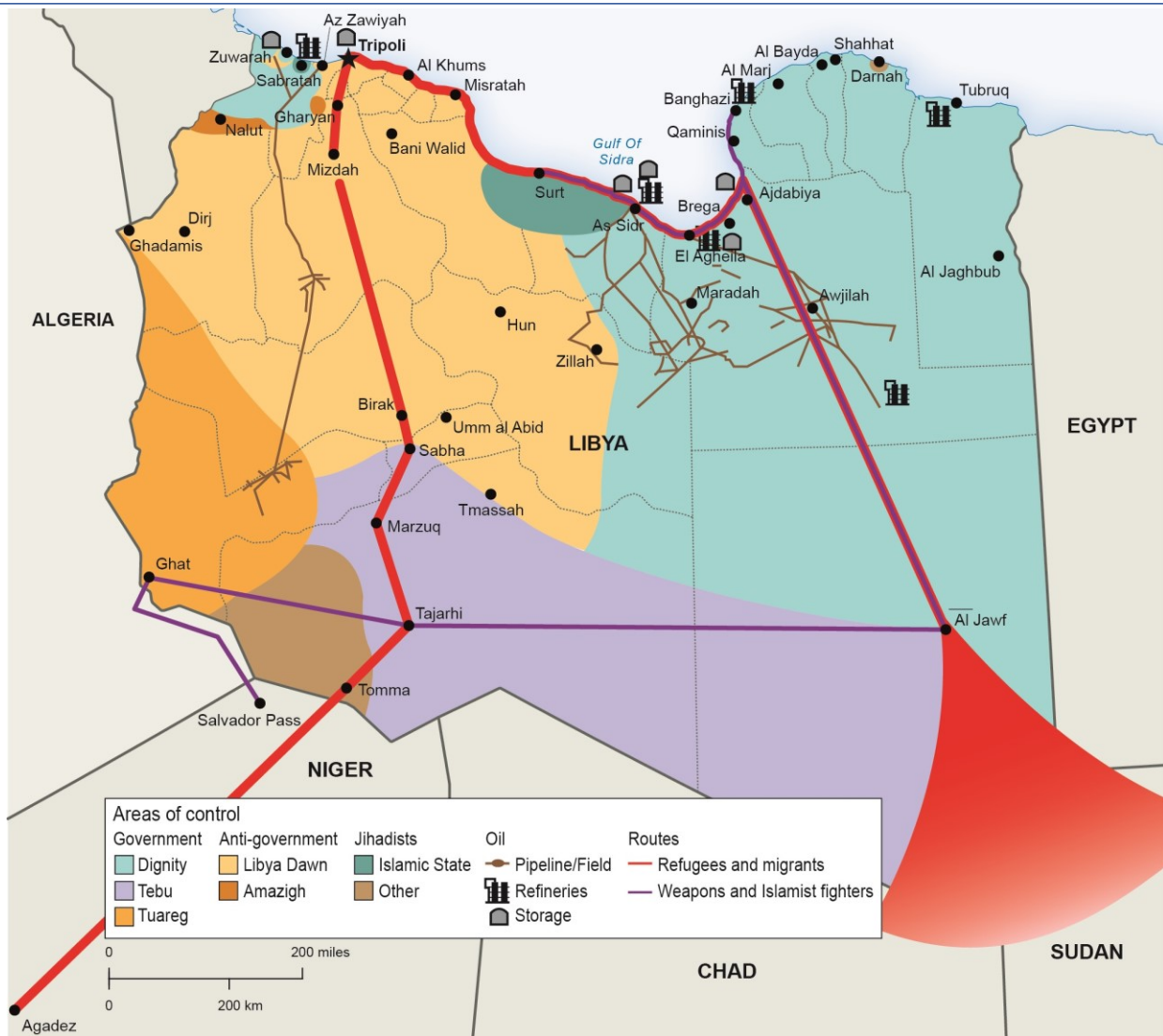
(Zahlen aus 2015, außer <sup>1</sup>2015 nach IWF Schätzungen, <sup>2</sup>2014; Pfeile: Trend ggü. Vorjahr)

### Wirtschaft & Beschäftigung

BIP (pro Kopf)	\$29,7 Mrd. (\$4.754) <sup>1</sup>	↓
BIP Wachstumsrate	-27,8 % <sup>1</sup>	↘
BNE (KKP) (pro Kopf)	\$100,1 Mrd. (\$16.000) <sup>2</sup>	↘
Inflationsrate (VPI)	8,0 % <sup>1</sup>	↑
Arbeitslosenquote	19,2 % <sup>2</sup>	→
Jugendarbeitslosenquote (15-24 Jahre)	42,2 % <sup>2</sup>	→
FDI (Zuflüsse) Anteil EU-28	\$50,0 Mio. <sup>2</sup> (k. A.)	↓
Güterimporte Anteil EU-28	\$18,8 Mrd. <sup>2</sup> 37,0 % <sup>2</sup>	↓
Güterexporte Anteil EU-28	\$16,6 Mrd. <sup>2</sup> 73,0 % <sup>2</sup>	↓

### Politisches System & Verhältnis zur EU

Staats-/Regierungsform	2012-14: Parlamentarische Republik Seit 08/2015: zwei konkurrierende Parlamente und Regierungen
Demokratisierungsgrad	Bertelsmann Stiftung, Transformationsindex 2016 Demokratiestatus: 2.38 (von 10, höher = besser), „failing state“ Rang: 126/129, vergleichbar mit Sudan und Eritrea
Menschenrechte und Minderheitenschutz	UNSMIL/UN OHCHR, Report on the human rights situation in Libya – 16 November 2015 Alle Konfliktparteien verletzen die Menschenrechte und brechen das Humanitäre Völkerrecht durch: <ul style="list-style-type: none"> <li>• willkürliche und unverhältnismäßige Angriffe</li> <li>• Massenhinrichtungen und andere unrechtmäßige Tötungen</li> <li>• willkürliche Inhaftierung und Internierung</li> <li>• Folter und andere Formen der Misshandlung</li> </ul> Besonders prekär ist die Lage für Flüchtlinge und Migranten sowie für Menschenrechtler, Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und Journalisten.
Korruption	Transparency International, Corruption Perceptions Index 2014 Rang: 161, vergleichbar mit Irak und Angola
Pressefreiheit	Freedom House, Freedom of the Press Index 2015 Status: nicht frei Punktzahl: 73 (von 100, niedriger = besser), vergleichbar mit Myanmar und Ägypten
Verhältnis zur Europäischen Union	Status: Teilnahmeberechtigtes Land der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und seiner Finanzierungsinstrumente; außerhalb der meisten Strukturen mangels Assoziierungsabkommen  Bisherige Integrationsschritte: keine



© Bertelsmann Stiftung

**LAGE DER FLÜCHTLINGE IN LIBYEN**

Kategorisierung	Unsicheres Transitland für Migranten und Flüchtlinge, insb. aus Zentral- und Ostafrika Herkunftsland für libysche Bürgerkriegsflüchtlinge, insb. mit Ziel Tunesien und Ägypten
Anzahl	Rund 440.000 Libyer wurden durch die Konflikte seit 2011 zu Binnenflüchtlingen. Mehrere 10.000 Migranten u. Flüchtlinge anderer Herkunft sollen sich in Libyen aufhalten. 1.500 Migranten u. Flüchtlinge pro Woche erreichen Tripolis über die westl. Sahara-Route.
Unterbringung der Flüchtlinge	Die Mehrheit aller Flüchtlinge im Land lebt in Privatunterkünften und verdient mit Gelegenheitsjobs das Geld für eine Überfahrt nach Europa. Aufgrund der zunehmenden Wirtschaftskrise (galoppierende Inflation, Zusammenbruch des Ölexportes) finden sie auch als Tagelöhner kaum noch Jobs. Der Druck, weiter nach Europa zu flüchten, steigt.
Status der Flüchtlinge	In Libyen gibt es keine Asylgesetzgebung. Da beinahe alle Flüchtlinge ohne Visum ins Land einreisen, halten sie sich illegal dort auf. Insbesondere Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika werden häufig durch libysche Milizen in einem von zehn Inhaftierungslagern zwischen Misrata und Zuwara in Westlibyen festgehalten. Syrer finden immer seltener einen Job. Aufgrund der aktuellen Lage ist Libyen kein sicheres Herkunftsland.
Finanzierung	€150 Mio. veranschlagen die Vereinten Nationen für den „Libya Humanitarian Response Plan“. Nur rund 1% der Gelder wurden bislang durch die int. Gemeinschaft bereitgestellt.
Irreguläre Grenzübertritte in die EU	154.000 registrierte Migranten u. Flüchtlinge kamen 2015 über das Mittelmeer nach Italien – die Dunkelziffer ist hoch. Die Überfahrt nach Europa kostet aktuell pro Kopf rund 1.100€.

### **Mit schwerer Hypothek ins Schicksalsjahr**

Nach Kolonialzeit, Königtum und über 40 Jahren Gaddafi-Diktatur ist den Libyern zentrales und gutes Regieren weitgehend unbekannt.

Die sechs Millionen Einwohner verteilen sich auf sieben große Stämme und drei Großregionen. Da Libyen ein Wüstenstaat ist, leben die meisten Menschen an der Mittelmeerküste.

70% der Libyer beziehen ihr Einkommen vom Staat aus den Erlösen der Erdölverkäufe.

Das Land ist zwar reich an Öl, Stränden und antiken Stätten, aber sehr strukturschwach und auf die Kompetenz und Arbeitskraft von Gastarbeitern angewiesen.

Als Machthaber Gaddafi im März 2011 den Volksaufstand brutal niederzuschlagen drohte, griff die NATO mit Luftbombardements auf Seiten der Rebellen ein. Sechs Monate dauerte der erste Bürgerkrieg, der mit der Ermordung des Diktators im Oktober 2011 endete. Der demokratische Aufbruch – getragen von viel Engagement aus der Zivilgesellschaft und belohnt mit vorbildlich durchgeführten freien Wahlen im Juli 2012 – konnte sich nicht gegen das schwere Erbe der Diktatur durchsetzen. Zu viele divergierende Ansprüche, zu viele Waffen, zu viele Rachegeleüste, zu viele offene Wunden und eine Polarisierung grob zwischen Islamisten einerseits und alten Herrschaftsstrukturen andererseits.

Das Jahr 2016 startet Libyen mit einer schweren Hypothek: dutzende Milizen, Schmuggler und Schleuser kontrollieren das Land. Zudem herrscht ein politisches Schisma: je ein Parlament und eine Regierung residieren im westlichen Tripolis (unterstützt durch Katar und Türkei) und im östlichen Tobruk (international anerkannt, unterstützt durch Ägypten und VAE). Die finanziellen Reserven schwinden, das Gesundheitssystem bricht zusammen. Der so genannte „Islamische Staat“ (IS) nutzt das Vakuum und fasst Fuß – dazwischen die Flüchtlingskrise.

### **Der Menschenschmuggel hat Konjunktur**

Libyen ist ein wichtiges und zugleich unsicheres Ziel-, Herkunfts- und Transitland von Flüchtlingen und Migranten.

Erstens ist Libyen ein klassisches Zielland von Migranten (bis 2011/2014): Ohne Gastarbeiter funktioniert Libyen nur schwerlich. Über eine Million Gastarbeiter aus Nordafrika (Dienstleistungen und Verwaltung), hunderttausende Subsahara-Afrikaner (Niedriglohnsektor) und Asiaten (Haushalt und Pflege) sowie tausende Europäer (Ölindustrie) haben in dem Wüstenland gelebt und gearbeitet. Ihr Lohn ernährte zumeist die zuhause gebliebenen Familien. Besonders für die benachbarten Tunesier und Ägypter waren Arbeitsplätze in Libyen sehr attraktiv. Zurück in ihrer Heimat belasten viele von ihnen als Arbeitslose das ohnehin schwach ausgeprägte soziale Gefüge.

Während des Bürgerkrieges 2011, aber insbesondere seit Ausbruch des zweiten Bürgerkrieges Mitte 2014, haben 90% der Gastarbeiter Libyen verlassen und sind in die Heimat zurückgekehrt. Allerdings sind viele Nordafrikaner über die Türkei und viele Subsahara-Afrikaner über das Mittelmeer geflüchtet. Lücken haben seitdem andere Afrikaner gefüllt. Sie halten sich jedoch illegal in Libyen auf und werden, da mehrheitlich christlichen Glaubens, regelmäßig Opfer von Übergriffen.

Würden in Libyen Sicherheit und gutes Regieren Einzug halten, würde dieses ölreiche Land hunderttausenden Migranten und Flüchtlingen eine Zukunft und Arbeit verheißen.

Zweitens ist Libyen ein Herkunftsland von Flüchtlingen: Aufgrund von Verfolgung und Ausgrenzung sind schon während der Kolonialzeit und der Gaddafi-Diktatur tausende Libyer ins Ausland geflüchtet. Es gibt diverse Exil-Gemeinden in Europa. Viele Exil-Libyer sind nach dem ersten Bürgerkrieg 2011 nach Libyen zurückgekehrt, um sich am Wiederaufbau zu beteiligen. Prominentester deutscher Exil-Libyer ist Ali Zeidan, der nach den freien Wahlen 2012 zum Premierminister der neuen parlamentarischen Republik gewählt wurde. Im März 2014 floh Zeidan, nachdem er zuvor von Milizen entführt worden war, wieder nach Deutschland. Mehr als 400.000 Libyer flohen seitdem vor den Kämpfen in andere Landesteile. Hunderttausende andere sind nach Ägypten und Tunesien geflüchtet und warten dort oft seit über zwei Jahren auf eine mögliche Rückkehr. Ihre Ersparnisse neigen sich dem Ende entgegen, sie sind in diesen Nachbarländern eine große soziale Herausforderung. Niemand weiß, ob

demnächst auch mehr Libyer eine Zukunft für sich und ihre Kinder in Europa suchen wollen. Libyen ist kein sicheres Herkunftsland.

Schließlich ist Libyen nach der Türkei das zweitwichtigste Transitland von Flüchtlingen und Migranten auf dem Weg nach Europa: Nach der Balkanroute (rund 850.000) sind die meisten Flüchtlinge 2015 über die Mittelmeerroute Libyen-Italien gekommen. 154.000 Menschen wurden registriert. Doch die tatsächliche Zahl dürfte höher liegen, da nicht alle nach ihrer Ankunft erfasst werden. Die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa ist nur knapp 300 km von der libyschen Küste entfernt – die Überfahrt ist gefährlich, Hunderte ertrinken.

Die meisten Chancensucher und Kriegsflüchtlinge stammen aus West- und Ost-Afrika und werden auf traditionellen Handelswegen durch die Sahara geschmuggelt. Rund 1.500 Menschen kommen wöchentlich in Tripolis, Misrata und Sabratha („IS“-kontrolliert) an. Seit für Syrer die Visapflicht in der Türkei gilt, kommen auch wieder verstärkt syrische Familien über Mali und Nord-Niger nach Libyen.

Es gibt keine Asylgesetzgebung. Die meisten Flüchtlinge reisen ohne Visum ein und sind damit illegal im Land. Vielerorts ist der Aufenthalt in Libyen gefährlich. Zahlreiche Flüchtlinge werden von Milizen aufgegriffen und in Lagern inhaftiert. Die Mehrheit der Flüchtlinge lebt in Privatunterkünften und verdient mit Gelegenheitsjobs das Geld für die Überfahrt nach Europa.

Aufgrund des rechtlichen Vakuums sind Flüchtlinge und Migranten auf Gedeih und Verderb den Schmuggler- und Schleuserbanden ausgeliefert. Für diverse Milizen ist der Menschenhandel zur einzig verbliebenen Einnahmequelle geworden. Fast alle Beteiligten sind an einer reibungslosen Abwicklung des Menschenhandels interessiert und – solange sich keine alternativen Einkünfte ergeben – an einer Belebung der libyschen Flüchtlingsrouten.

Die UN-Flüchtlingshilfe (UNHCR) schätzt, dass mindestens €150 Millionen nötig sind, um die finanzielle Seite der Flüchtlingskrise in Libyen zu bewältigen. Laut dem UN-Nothilfekoordinator für Libyen Ali Al-Zaatari wurden den Vereinten Nationen erst ein Prozent der Summe zur Verfügung gestellt.

### Prognose

Generell ist die Transitroute Libyen-Italien für Flüchtlinge und Migranten wegen ihrer Gefährlichkeit (Milizen, Wüste und Mittelmeer) nicht attraktiv. Da aber das politische, administrative und rechtliche Vakuum, sporadische Kämpfe und die Wirtschaftskrise anhalten und gleichzeitig die Macht der Milizen, Schmuggler und Schleuser zunimmt, ist in 2016 mit einer anhaltend hohen Zahl von Flüchtlingen und Migranten aus bzw. über Libyen zu rechnen. Vieles hängt auch davon ab, wie sich die Kriege und Konflikte von Syrien über Somalia bis Niger entwickeln, wie die Visapolitik diverser Transitländer im Mittelmeerraum gestaltet und wie durchlässig die Balkanroute in Zukunft sein wird. Außerdem startet Libyen 2016 auch mit anderen Unbekannten: Wie geht die internationale Gemeinschaft mit der Ausbreitung des „IS“ um? Können die internationalen Vermittlungsbemühungen doch noch zu einer Einheitsregierung führen und das Ruder politisch herumreißen?

### Die Zeit für eine Einheitsregierung drängt

Seit Februar 2015 nisten sich in der Küstenmitte Libyens, dem Stammesland des gestürzten Diktators Gaddafi, ausländische Dihadisten des so genannten „Islamischen Staates“ ein. Aus den Kriegszonen Syriens und des Iraks kommend, nutzen sie die Rivalitäten zwischen den lokalen Milizen und ethnischen Gruppierungen aus, um ihr Einflussgebiet zwischen der Westregierung in Tripolis und der Ostregierung in Tobruk zu erweitern. Mit Sabratha kontrollieren sie zudem die wichtigste Versorgungsrouten von Tripolis nach Tunesien. Die amerikanische Regierung spricht von bis zu 5.000 Dihadisten, die unter frustrierten ehemaligen Regimeanhängern und Milizionären dank hoher und regelmäßiger Soldzahlungen viele lokale libysche Kämpfer finden. Der „IS“ schließt Bündnisse mit Schmugglernetzwerken und hat im Januar bereits die Öl-Anlagen von Ras Lanuf attackiert.

Im Rahmen des internationalen Kampfes gegen den „IS“ planen viele westliche Staaten, allen voran Italien, den „IS“ nun auch in Libyen militärisch anzugreifen und mit Luftbombardements zu stoppen. Ob das helfen wird, kann niemand mit Gewissheit sagen. Gewiss ist nur, dass die Libyer selbst viele ihrer Landsleute aus den Fängen des



„IS“ herausholen und gegen die Terrormiliz kämpfen müssen.

UNSMIL, die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen für Libyen, wird vom deutschen Diplomaten Martin Kobler geleitet. UNSMIL unterstützt durch die internationale Gemeinschaft mit der UN-Resolution 2259 und dem Kommuniqué von Rom, setzt sich weiter hartnäckig für den politischen Prozess ein. Das Ziel ist, die beiden konkurrierenden Parlamente und Kabinette zu einer Einheitsregierung zusammenzuführen, die handlungsfähig und so stark legitimiert ist, dass sie unterstützt von der internationalen Gemeinschaft Frieden und Sicherheit schaffen, den „IS“ bekämpfen und das Land politisch und ökonomisch aufbauen und modernisieren kann. Der Westen wünscht sich eine zentrale libysche Autorität auch deshalb, um mit ihr gemeinsam den Küstenschutz im Mittelmeer zu verbessern und die Ausbildungslager für Terroristen zu bekämpfen.

Das Libysche Politische Abkommen ist seit Dezember 2015 unterschrieben, mit Fayez al-Sarraj ein Premierminister designiert und ein neunköpfiger Präsidialrat gebildet. Gestritten wird jedoch noch immer um die Anzahl der Ministerien, ihre regionale Zuordnung und die Besetzung von Schlüsselressorts wie Inneres und Verteidigung.

Von außen betrachtet sind die Entscheider unter enormen Einigungsdruck: Schon jetzt sind 2,4 Million Libyer auf humanitäre Hilfe angewiesen, innerhalb von nur drei Jahren ist die finanzielle Reserve von \$280 Milliarden auf \$50 Milliarden geschrumpft, die Ölförderung liegt am Boden und der Islamische Staat breitet sich nahe von Ölfeldern und Raffinerien aus.

Faktisch blockieren aber die persönlichen Machtinteressen mancher Herrschenden die Einrichtung einer entscheidungsfähigen Gesamtregierung. Quertreibern wird seit Mitte 2015 mit Sanktionen gedroht. UNSMIL braucht noch Vermittlungszeit, auch wenn die Mediatoren zunehmend unter Druck geraten. Denn diverse Militärs und Politiker im Westen fordern, die Ausbreitung des „IS“ in Libyen mit Bombardierungen zu stoppen und Terrorcamps anzugreifen.

#### **Beim Aufbau braucht Libyen die Hilfe der EU**

Der Europäische Rat hat sich bereits im Januar 2016 bereit erklärt, Libyen im Kampf gegen den

gewalttätigen Extremismus zu unterstützen und mit einem €100-Millionen-Programm humanitäre Soforthilfe zu leisten und die Reform des Sicherheitssektors anzugehen.

Armee und Polizei müssen komplett neu aufgebaut werden, empfiehlt UN-Sondergesandter Kobler im Spiegel-Interview. Schulung, Beratung und technische Ausstattung sind von großer Bedeutung. Es kann auch sein, dass die Vereinten Nationen einer Einheitsregierung für eine Übergangszeit Blauhelmsoldaten zur Verfügung stellen müssen, damit sie sich Autorität gegenüber Milizen verschaffen kann, die noch nicht bereit sind, ihre Waffen abzugeben und sich einer neuen Armeestruktur unterzuordnen.

Parallel können, wenn die libysche Regierung es will, internationale Aufbauteams ins Land kommen, die rasch helfen, die Handlungsfähigkeit der zentralen Administration herzustellen. Symbolisch wichtig ist, dass die Einheitsregierung in die Hauptstadt Tripolis zieht.

Alternative Anreize zum Milizentum kann die Wirtschaft leisten. Das Zauberwort heißt Diversifizierung. Der Umbau einer reinen Öl-Exportwirtschaft zu einer Ökonomie mit Produktion und Dienstleistungsgewerbe benötigt gleichzeitig Berufsförderungsprojekte und Kleinkredite zur Förderung von Jung-Unternehmertum. 70% der Gesamtbevölkerung sind unter 30 Jahren. Bildung, Arbeit und ein geregeltes Einkommen sind Anreize, um die Jugendlichen aus dem Milizen-Dasein zu locken. Das ist ohnehin schon ein schwieriger und langwieriger, aber auch notwendiger Prozess, wenn Demilitarisierung, Entmilifizierung und Befriedung gelingen sollen.

Bildung ist auch der Schlüssel, um das große Misstrauen und das Unwissen übereinander zu reduzieren und damit der Versöhnung den Weg zu bereiten.

Obwohl aufgrund seiner Öl-Einkommen eines der reichsten Länder Afrikas, wird Libyen von seinen Nachbarn und der EU langfristige Transformationshilfe auf allen Ebenen benötigen. Anders als andere krisengeschüttelte Länder kann Libyen Expertise, Personal und technische Unterstützung auch bezahlen.

Zentral organisiertes und gutes Regieren wird die Menschen nur überzeugen, wenn Strom, Wasser und ärztliche Versorgung auch Kleinstädte und

Dörfer erreichen. Trotz der Kämpfe und Krisen funktionieren in vielen Kommunen soziale Netzwerke und gesellschaftliches Engagement. Darauf kann die Modernisierung Libyens bauen. Partnerschaften mit Gemeinden in Europa können die Lokalverwaltungen und Behörden effektiver machen. Ein „Städte- und Gemeindebund“ könnte das gegenseitige Lernen und Unterstützen und damit eine kluge Wahl zwischen föderalistischen und zentralen Strukturen befördern. Die EU hat bereits Treffen mit libyschen Bürgermeistern abgehalten. Die libyschen Mittelmeerstädte könnten durch eine Städtepartnerschaften mit zum Beispiel Barcelona, Rom, Athen, Tunis und Algier transmediterran vernetzt werden.

Für eine effektivere Außenunterstützung können die unterschiedlichen internationalen Institutionen projekt- und themenübergreifend Hand in Hand arbeiten.

Tunesien, Ägypten und Libyen sind eng miteinander verwoben – historisch, kulturell, wirtschaftlich. Tragischerweise leben jetzt viele Libyer als Flüchtlinge in Tunesien, während sich hunderte Tunesier in libyschen Terrorlagern ausbilden lassen. Einige von ihnen kehren in ihre alte Heimat zurück oder reisen weiter nach Ägypten, um dort Anschläge zu verüben. Tunesien ist immer noch das einzige arabische Land, das sich nach der Arabellion in Richtung Demokratie und sozialer Marktwirtschaft bewegen will. Jeder Euro, der in Tunesiens Sicherheit, Wirtschaft und Rechtsstaatlichkeit investiert wird, kommt indirekt auch Libyen zugute. Eine Maßnahme wäre, sowohl Libyer in Tunesien für die Rückkehr in ihre Heimat fit zu machen, als auch Tunesier zu motivieren, in Libyen bei der Modernisierung zu helfen.

### **ANSPRECHPARTNER**

Christian-Peter Hanelt, Nahostexperte

Tel.: +49 – 5241 81 81 187

[christian.hanelt@bertelsmann-stiftung.de](mailto:christian.hanelt@bertelsmann-stiftung.de)

Mirco Keilberth, Nordafrika-Korrespondent

Tel.: +49 1717482072

[mircokeilberth@web.de](mailto:mircokeilberth@web.de)

Tim Lewis Poppenborg

[tim.lewis.poppenborg@bertelsmann-stiftung.de](mailto:tim.lewis.poppenborg@bertelsmann-stiftung.de)

Tel.: +49 – 5241 81 81 143

### **LITERATUR UND QUELLEN**

- Bertelsmann Stiftung, Bertelsmann Transformationsindex (BTI): Libyen (2016)
- CIA World Factbook (2015)
- EEAS, “EU Relations with Libya” (2015)
- Fischer Weltalmanach (2015)
- Freedom House, Freedom of the Press Index 2015
- IWF, World Economic Outlook Database (2015)
- Statistiken von Eurostat (2015)
- Statistiken der DG TRADE der Europäischen Kommission (2015)
- Statistiken der Weltbank (2014)
- Transparency International, Corruption Perception Index 2014
- UNSMIL/UN OHCHR, Report on the human rights situation in Libya – 16 November 2015